

Verordnung über die berufliche Grundbildung

Veranstaltungsfachfrau/Veranstaltungsfachmann mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ)

vom 1. Februar 2011

66500

**Veranstaltungsfachfrau EFZ/
Veranstaltungsfachmann EFZ
Technicéniste CFC
Operatrice di palcoscenico AFC/
Operatore di palcoscenico AFC**

*Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT),
im Einvernehmen mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO),
gestützt auf Artikel 19 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002¹ (BBG),
auf Artikel 12 der Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003² (BBV)
und auf Artikel 4 Absatz 4 der Jugendarbeitsschutzverordnung
vom 28. September 2007³ (ArGV 5),
verordnet:*

1. Abschnitt: Gegenstand und Dauer

Art. 1 Berufsbild

Veranstaltungsfachfrauen auf Stufe EFZ/Veranstaltungsfachmänner auf Stufe EFZ beherrschen namentlich folgende Tätigkeiten und zeichnen sich durch folgende Haltungen aus:

- a. Sie bauen ton-, video- und beleuchtungstechnische Anlagen auf, richten sie ein und bedienen sie in bestimmten Teilen.
- b. Sie montieren und demontieren fachgerecht Bühnenbauten und bedienen bühnen- und szenentechnische Einrichtungen.
- c. Sie integrieren neue Medien und deren Steuerungen im Veranstaltungsbe-
reich und setzen diese bei Bedarf in einfacherem Umfang ein.
- d. Sie beurteilen und bewerten den Einsatz von Spezialeffekten während der
Veranstaltung oder Produktion und setzen sie in Teilen ein.

SR 412.101.221.58

¹ SR 412.10

² SR 412.101

³ SR 822.115

- e. Sie beurteilen die sicherheitstechnischen Einrichtungen sowie die Sicherheit der räumlichen Gegebenheiten. Ausserdem setzen sie die einschlägigen Vorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz in ihrer täglichen Arbeit um.
- f. Sie arbeiten strukturiert, gewährleisten wirtschaftliche Arbeitsabläufe und einen schonenden Umgang mit allen ihnen zu Verfügung stehenden Ressourcen als auch einen aktiven Umweltschutz im Sinn eines nachhaltigen Veranstaltungsmanagements.

Art. 2 Dauer und Beginn

¹ Die berufliche Grundbildung dauert 4 Jahre.

² Der Beginn der beruflichen Grundbildung richtet sich nach dem Schuljahr der zuständigen Berufsfachschule.

2. Abschnitt: Ziele und Anforderungen

Art. 3 Bildungsinhalte

¹ Die Ziele und Anforderungen der beruflichen Grundbildung werden, basierend auf dem Qualifikationsprofil, in Form von Handlungskompetenzen beschrieben.

² Beim Aufbau der Handlungskompetenzen arbeiten alle Lernorte eng zusammen. Sie koordinieren die Inhalte der Ausbildung und der Qualifikationsverfahren.

Art. 4 Handlungskompetenzen

Die Ausbildung umfasst nachfolgende Handlungskompetenzbereiche mit den jeweiligen Handlungskompetenzen:

- a. Aufbauen, Einrichten und Bedienen der Beleuchtungstechnik
 1. Beleuchtungspläne verstehen und anwenden;
 2. Scheinwerfer auswählen und einrichten;
 3. lichttechnische Grössen messen;
 4. Lastkomponenten auswählen, einrichten und konfigurieren;
 5. beleuchtungstechnische Zusatzgeräte auswählen und einrichten;
 6. einfache Lichtstellpulte einrichten und konfigurieren;
 7. lichttechnische Signale und Signalleiter überprüfen;
 8. Projektoren einsetzen;
 9. einfache Szenen ausleuchten und Ausleuchtungen einordnen.
- b. Aufbauen, Einrichten und Bedienen der Tontechnik
 1. Beschallungspläne verstehen und anwenden;
 2. Beschallungsanlage auswählen und einrichten;
 3. Funktion der Beschallungsanlage prüfen und Soundcheck durchführen;

4. Mikrofone auswählen und positionieren;
 5. Signalbearbeitungsgeräte auswählen und in die Tonanlage integrieren;
 6. Richtlinien für die Sprachbeschallung verstehen und anwenden;
 7. einfache Ton-Mischpulte einrichten, konfigurieren und bedienen;
 8. tontechnische Signale und Signalleiter überprüfen. Zuspielder und ihre Schnittstellen kennen;
 9. Toneinspielungen mit Rücksicht auf Pegel bereitstellen;
 10. mit Besonderheiten bei der Aufnahme und Nachbearbeitung von Film- und Videoton umgehen.
- c. Aufnehmen, Übertragen und Projizieren der Videotechnik
1. Signallaufpläne von videotechnischen Einrichtungen verstehen und anwenden;
 2. grundlegende videotechnische Geräte nach Anforderungen beurteilen, auswählen und bereitstellen;
 3. einfache Kamerainstallationen gemäss Vorgaben einrichten, verbinden und testen;
 4. Datensignale mit Projektoren und Displays nach Vorgaben visualisieren;
 5. Videomaterial beurteilen, sichten und für die Veranstaltung bereitstellen;
 6. Videoregie bei Kleinproduktion einrichten und bedienen;
 7. Fehler bei verschiedenen Signalarten erkennen und beheben.
- d. Aufstellen, Montieren, Demontieren und Bedienen der Bühnenbauten
1. Pläne für Bühnen- und Szenenflächen, sowie Dekorationen verstehen und anwenden;
 2. Pläne für temporäre Bauten verstehen und anwenden;
 3. Metall-, Kunststoff- und Holzteile bearbeiten, verbinden und sichern;
 4. Leitern, Hebezeuge und Gerüste auswählen und einsetzen;
 5. Gerüste, Tragkonstruktionen und temporäre Bauten aufbauen, sichern und abbauen;
 6. Bühnenaufbauten und Dekorationen aufstellen und anbringen;
 7. Stand- und Tragfähigkeit von temporären Bauten bzw. Tragwerken, bühnentechnischen Anlagen und Aufbauten beurteilen und Prüfungen veranlassen;
 8. bühnen- und szenentechnische Einrichtungen bedienen.
- e. Bearbeiten, Verwalten und Übertragen der Medienintegration
1. Computer und ihre Peripherie in Betrieb nehmen;
 2. Computer an interne und externe Netze anschliessen und in Betrieb nehmen;

3. Bild- und Tonaufnahmen übertragen. Norm- und Formatwandlungen durchführen;
 4. vorhandene Medien über einen Medienserver abspielen.
- f. Bewerten und Einsetzen der Spezialeffekte
1. Spezialeffekte wie Rauch- oder Nebel-effekte auswählen und einsetzen;
 2. Einsatzmöglichkeiten pyrotechnischer Effekte gemäss Vorschriften bewerten;
 3. Einsatzmöglichkeiten für Lasereffekte gemäss Vorschriften bewerten
 4. Aufbau einer Laseranlage beurteilen.
- g. Beurteilen und Umsetzen der Sicherheitstechnik
1. räumliche Gegebenheiten und Infrastruktur auf die Durchführbarkeit von Veranstaltungen und eingesetzter Technik bewerten;
 2. Emissionsvorschriften in der Veranstaltungsbranche anwenden;
 3. vorbeugende Massnahmen gegen Unfälle, Brände oder sonstige Gefahren umsetzen;
 4. sicherheitstechnische Einrichtungen von Veranstaltungsstätten und temporären Bauten beurteilen;
 5. Genehmigungen, Anzeigen und Rechtsgrundlagen benennen;
 6. Vorschriften des Brandschutzes anwenden, Regeln für das Verhalten bei Bränden formulieren und Brandbekämpfung einleiten;
 7. Arbeitssicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften verstehen und anwenden;
 8. Regeln für das Verhalten bei Unfällen beschreiben und erste Massnahmen einleiten.
- h. Organisieren, Bereitstellen und Prüfen der Energieversorgung
1. Bestimmungen und Sicherheitsregeln im Umgang mit elektrischen Betriebsmitteln anwenden;
 2. Schaltungsunterlagen, Blockschaltbilder und Anschlusspläne verstehen und anwenden;
 3. Stromkreise dimensionieren;
 4. Leitungen und Verteileinrichtungen auswählen und verlegen, Potentialausgleich herstellen;
 5. Geräte unter Beachtung der elektromagnetischen Verträglichkeit an die Energieversorgung anschliessen;
 6. Wirksamkeit der Schutzmassnahmen bei direktem bzw. indirektem Berühren prüfen;
 7. Energieversorgung in Bezug auf anzuschliessende Geräte sicherheitstechnisch beurteilen;
 8. Stromaggregate prüfen und in Betrieb nehmen.

- i. Planen und Durchführen der Produktionsabläufe
 1. technischen Ablauf der Veranstaltung dokumentieren;
 2. Veranstaltungsorganisation mit den Beteiligten abstimmen;
 3. Havariekonzepte planen und abstimmen;
 4. Aufbauten an Kundinnen und Kunden übergeben und Benutzerinnen und Benutzer einweisen, Abnahmeprotokolle anfertigen;
 5. Preise, Leistungen und Konditionen vergleichen;
 6. Personaleinsatzplanung, Sachmittelplanung, Terminplanung und Kostenplanung verstehen;
 7. Urheber-, Nutzungs- und Persönlichkeitsrechte sowie Regelungen zum Datenschutz beachten.

- j. Sicherstellen der Materialbewirtschaftung
 1. Geräte und Anlagenteile auf Schäden prüfen, lagern und verwalten;
 2. Geräte und Anlagenteile verpacken und transportieren;
 3. Geräte und Anlagenteile gegen Witterungseinflüsse und Diebstahl sichern;
 4. Reststofflogistik organisieren;
 5. Werkzeuge und Hilfsmittel auswählen, bereitstellen, pflegen und prüfen.

3. Abschnitt: Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Umweltschutz

Art. 5

¹ Die Anbieter der Bildung geben den Lernenden zu Beginn und während der Bildung Vorschriften und Empfehlungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz ab und erklären sie ihnen.

² Diese Vorschriften und Empfehlungen werden an allen Lernorten vermittelt und in den Qualifikationsverfahren berücksichtigt.

³ In Abweichung von Artikel 4 Absatz 1 ArGV 5 können die Lernenden entsprechend ihrem Ausbildungsstand herangezogen werden für Arbeiten, bei denen bei der Ausübung der Tätigkeiten gemäss Bildungsplan eine erhebliche Unfallgefahr besteht, wie zum Beispiel Sturzgefahr, Umgang mit gefährlichen Stoffen, Handhabung von stromführenden Geräten oder Umgang mit Werkzeugen oder Maschinen.

⁴ Voraussetzung für einen Einsatz nach Absatz 3 ist eine den erhöhten Gefährdungen angepasste verstärkte Ausbildung, Anleitung und Überwachung; diese müssen sich bei der Vermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz niederschlagen.

4. Abschnitt: Anteile der Lernorte und Unterrichtssprache

Art. 6 Anteile der Lernorte

- ¹ Die Bildung in beruflicher Praxis erfolgt in den beiden ersten Jahren an 3 Tagen, in den folgenden zwei Jahren an 4 Tagen pro Woche.
- ² Die schulische Bildung im obligatorischen Unterricht erfolgt in 2160 Lektionen. Davon entfallen auf den Sportunterricht 240 Lektionen.
- ³ Die überbetrieblichen Kurse umfassen insgesamt mindestens 38 und höchstens 41 Tage zu 8 Stunden. Im letzten Semester der beruflichen Grundbildung finden keine überbetrieblichen Kurse mehr statt.

Art. 7 Unterrichtssprache

- ¹ Unterrichtssprache ist in der Regel die Landessprache des Schulortes.
- ² Zweisprachiger Unterricht in der Landessprache des Schulortes und in einer weiteren Landessprache oder in Englisch ist empfohlen.
- ³ Die Kantone können andere Unterrichtssprachen zulassen.

5. Abschnitt: Bildungsplan und Allgemeinbildung

Art. 8 Bildungsplan

- ¹ Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung liegt ein Bildungsplan vor, der von der verantwortlichen Organisation der Arbeitswelt erarbeitet und vom BBT genehmigt ist.
- ² Der Bildungsplan führt die Handlungskompetenzen nach Artikel 4 wie folgt näher aus:
 - a. Er begründet sie in ihrer Wichtigkeit für die berufliche Grundbildung.
 - b. Er bestimmt die Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen (Ressourcen), welche notwendig sind, um in den verschiedenen Situationen am Arbeitsplatz kompetent zu handeln.
 - c. Er bezieht sie konsistent auf die Qualifikationsverfahren und beschreibt deren System.
- ³ Der Bildungsplan legt überdies fest:
 - a. die curriculare Gliederung der beruflichen Grundbildung;
 - b. die Aufteilung der überbetrieblichen Kurse über die Dauer der Grundbildung und ihre Organisation;
 - c. die Vorschriften und Empfehlungen zur Arbeitssicherheit, zum Gesundheitsschutz und zum Umweltschutz.

⁴ Dem Bildungsplan angefügt ist die Liste der Unterlagen zur Umsetzung der beruflichen Grundbildung mit Titel, Datum und Bezugsquelle.

Art. 9 Allgemeinbildung

Für den allgemeinbildenden Unterricht gilt die Verordnung des BBT vom 27. April 2006⁴ über die Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

6. Abschnitt: Anforderungen an die Anbieter der betrieblich organisierten Grundbildung

Art. 10 Fachliche Mindestanforderungen an Berufsbildnerinnen und Berufsbildner

Die fachlichen Mindestanforderungen im Sinne von Artikel 44 Absatz 1 Buchstaben a und b BBV an eine Berufsbildnerin oder einen Berufsbildner erfüllt, wer über eine der folgenden Qualifikationen verfügt:

- a. Veranstaltungsfachfrau EFZ/Veranstaltungsfachmann EFZ mit mindestens 3 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- b. eidgenössisches Fähigkeitszeugnis eines verwandten Berufs mit den notwendigen Berufskennnissen im Bereich der Veranstaltungsfachfrau EFZ/des Veranstaltungsfachmannes EFZ und mit mindestens 5 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet;
- c. einschlägiger Abschluss der höheren Berufsbildung;
- d. einschlägiger Abschluss einer Fachhochschule oder universitären Hochschule mit mindestens 2 Jahren beruflicher Praxis im Lehrgebiet.

Art. 11 Höchstzahl der Lernenden

¹ In einem Betrieb darf eine lernende Person ausgebildet werden, wenn:

- a. eine entsprechend qualifizierte Berufsbildnerin oder ein entsprechend qualifizierter Berufsbildner zu 100 Prozent beschäftigt wird; oder
- b. zwei entsprechend qualifizierte Berufsbildnerinnen oder entsprechend qualifizierte Berufsbildner zu je mindestens 60 Prozent beschäftigt werden.

² Tritt eine lernende Person in das letzte Jahr der beruflichen Grundbildung ein, so kann eine weitere lernende Person ihre Bildung beginnen.

³ Mit jeder zusätzlichen Beschäftigung einer Fachkraft zu 100 Prozent oder von 2 Fachkräften zu je mindestens 60 Prozent darf eine weitere lernende Person im Betrieb ausgebildet werden.

⁴ SR 412.101.241

⁴ Als Fachkraft gilt, wer über ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis im Fachbereich der lernenden Person oder über eine gleichwertige Qualifikation verfügt.

⁵ In besonderen Fällen kann die kantonale Behörde einem Betrieb, der seit mehreren Jahren Lernende mit überdurchschnittlichem Erfolg ausgebildet hat, die Überschreitung der Höchstzahl der Lernenden bewilligen.

7. Abschnitt: Lern- und Leistungsdokumentation

Art. 12 Im Betrieb

¹ Die lernende Person führt eine Lerndokumentation, in der sie laufend alle wesentlichen Arbeiten, die erworbenen Fähigkeiten und ihre Erfahrungen im Betrieb festhält.

² Die Berufsbildnerin oder der Berufsbildner kontrolliert und unterzeichnet die Lerndokumentation einmal pro Semester. Sie oder er bespricht sie mindestens einmal pro Semester mit der lernenden Person.

³ Sie oder er hält am Ende jedes Semesters den Bildungsstand der lernenden Person in einem Bildungsbericht fest.

Art. 13 In der schulischen Bildung und in der schulisch organisierten Grundbildung

¹ Die Anbieter der schulischen Bildung und die Anbieter schulisch organisierter Grundbildungen dokumentieren die Leistungen der Lernenden in den unterrichteten Bereichen und stellen ihnen am Ende jedes Semesters ein Zeugnis aus.

Art. 14 Im überbetrieblichen Kurs

¹ Die Anbieter der überbetrieblichen Kurse dokumentieren die Leistungen der Lernenden in der Form von Kompetenznachweisen nach den Ausführungen des Bildungsplans.

² Diese Kompetenznachweise werden in Noten ausgedrückt und fliessen ein in die Berechnung der Erfahrungsnote nach Artikel 18 Absatz 3.

8. Abschnitt: Qualifikationsverfahren

Art. 15 Zulassung

Zu den Qualifikationsverfahren wird zugelassen, wer die berufliche Grundbildung erworben hat:

- a. nach den Bestimmungen dieser Verordnung;
- b. in einer vom Kanton dafür zugelassenen Bildungsinstitution; oder

- c. ausserhalb eines geregelten Bildungsganges und:
 - 1. die nach Artikel 32 BBV erforderliche Erfahrung erworben hat,
 - 2. von dieser beruflichen Erfahrung mindestens 3 Jahre im Bereich der Veranstaltungsfachfrau EFZ/des Veranstaltungsfachmannes EFZ erworben hat,
 - 3. glaubhaft macht, den Anforderungen der Abschlussprüfung (Art. 16) gewachsen zu sein.

Art. 16 Gegenstand der Qualifikationsverfahren

In den Qualifikationsverfahren ist nachzuweisen, dass die Handlungskompetenzen nach Artikel 4 erworben worden sind.

Art. 17 Umfang und Durchführung des Qualifikationsverfahrens
mit Abschlussprüfung

¹ Im Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung werden die nachstehenden Qualifikationsbereiche wie folgt geprüft:

- a. Praktische Arbeit, als vorgegebene praktische Arbeit (VPA) im Umfang von 8 Stunden oder als individuelle praktische Arbeit (IPA) im Umfang von 16–40 Stunden. Die zuständige kantonale Behörde entscheidet in Absprache mit der zuständigen Organisation der Arbeitswelt über die Prüfungsform. Der Qualifikationsbereich praktische Arbeit wird gegen Ende der beruflichen Grundbildung geprüft. Die lernende Person muss zeigen, dass sie fähig ist, die geforderten Tätigkeiten fachlich korrekt sowie bedarfs- und situationsgerecht auszuführen. Die Lerndokumentation, die Fachliteratur und die Unterlagen der überbetrieblichen Kurse dürfen als Hilfsmittel verwendet werden.
- b. Berufskennntnisse, im Umfang von 3–4 Stunden. Dieser Qualifikationsbereich wird gegen Ende der beruflichen Grundbildung geprüft. Die lernende Person wird schriftlich oder sowohl schriftlich wie mündlich befragt. Wird eine mündliche Prüfung durchgeführt, so dauert diese höchstens 1/2 Stunde.
- c. Allgemeinbildung. Der Qualifikationsbereich richtet sich nach der Verordnung des BBT vom 27. April 2006⁵ über die Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung.

² In jedem Qualifikationsbereich beurteilen mindestens zwei Prüfungsexpertinnen oder -experten die Leistungen.

Art. 18 Bestehen, Notenberechnung, Notengewichtung

¹ Das Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung ist bestanden, wenn:

- a. der Qualifikationsbereich «praktische Arbeit» mit der Note 4 oder höher bewertet wird; und
- b. die Gesamtnote 4 oder höher erreicht wird.

² Die Gesamtnote ist das auf eine Dezimalstelle gerundete Mittel der gewichteten Noten aus der Summe der Noten der einzelnen Qualifikationsbereiche der Abschlussprüfung sowie der gewichteten Erfahrungsnote. Dabei gilt folgende Gewichtung:

- a. praktische Arbeit: 30 %;
- b. Berufskennnisse: 20 %;
- c. Allgemeinbildung: 20 %;
- d. Erfahrungsnote: 30 %.

³ Die Erfahrungsnote ist das auf eine Dezimalstelle gerundete Mittel aus der Summe der Noten für:

- a. den berufskundlichen Unterricht;
- b. die überbetrieblichen Kurse.

⁴ Die Note für den berufskundlichen Unterricht ist das auf eine ganze oder halbe Note gerundete Mittel aus der Summe aller Semesterzeugnisnoten des berufskundlichen Unterrichts.

⁵ Die Note für die überbetrieblichen Kurse ist das auf eine ganze oder halbe Note gerundete Mittel aus der Summe der benoteten Kompetenznachweise.

Art. 19 Wiederholungen

¹ Die Wiederholung des Qualifikationsverfahrens richtet sich nach Artikel 33 BBV. Muss ein Qualifikationsbereich wiederholt werden, so ist er in seiner Gesamtheit zu wiederholen.

² Wird die Abschlussprüfung ohne erneuten Besuch der Berufsfachschule wiederholt, so wird die bisherige Note beibehalten. Wird der berufskundliche Unterricht während mindestens 2 Semestern wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten.

³ Wird die Abschlussprüfung ohne erneuten Besuch von überbetrieblichen Kursen wiederholt, so wird die bisherige Note beibehalten. Werden die letzten zwei bewerteten überbetrieblichen Kurse wiederholt, so zählen für die Berechnung der Erfahrungsnote nur die neuen Noten.

Art. 20 Spezialfall

¹ Hat eine lernende Person die Vorbildung ausserhalb der geregelten beruflichen Grundbildung erworben und die Abschlussprüfung nach dieser Verordnung absolviert, so entfällt die Erfahrungsnote.

² Für die Berechnung der Gesamtnote werden die einzelnen Noten wie folgt gewichtet:

- a. praktische Arbeit: 50 %
- b. Berufskennnisse: 30 %;
- c. Allgemeinbildung: 20 %.

9. Abschnitt: Ausweise und Titel

Art. 21

¹ Wer ein Qualifikationsverfahren erfolgreich durchlaufen hat, erhält das eidgenössische Fähigkeitszeugnis EFZ.

² Das Fähigkeitszeugnis berechtigt, den gesetzlich geschützten Titel «Veranstaltungsfachfrau EFZ/Veranstaltungsfachmann EFZ» zu führen.

³ Ist das Fähigkeitszeugnis mittels Qualifikationsverfahren mit Abschlussprüfung erworben worden, so wird im Notenausweis aufgeführt:

- a. die Gesamtnote;
- b. die Noten jedes Qualifikationsbereichs der Abschlussprüfung sowie, unter dem Vorbehalt von Artikel 20 Absatz 1, die Erfahrungsnote.

10. Abschnitt: Schweizerische Kommission für Berufsentwicklung und Qualität

Art. 22

¹ Die Schweizerische Kommission für Berufsentwicklung und Qualität setzt sich zusammen aus:

- a. 5–9 Vertreterinnen oder Vertretern des Schweizer Verband technischer Bühnen- und Veranstaltungsberufe (SVTB/ASTT), l'association Artos und branchennahen Organisationen der Arbeitswelt;
- b. 2 Vertreterinnen oder Vertretern der Fachlehrerschaft;
- c. je mindestens 1 Vertreterin oder 1 Vertreter des Bundes und der Kantone.

² Die Sprachregionen müssen gebührend vertreten sein.

³ Die Kommission konstituiert sich selbst.

⁴ Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a. Sie passt den Bildungsplan nach Artikel 8 den wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen und didaktischen Entwicklungen laufend, mindestens aber alle 5 Jahre an. Dabei trägt sie allfälligen neuen organisatorischen Aspekten der beruflichen Grundbildung Rechnung. Die Anpassungen bedürfen der Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter des Bundes und der Kantone sowie der Genehmigung durch das BBT.
- b. Sie beantragt dem BBT Änderungen dieser Verordnung, sofern die beobachteten Entwicklungen die Regelungen dieser Verordnung, namentlich die Handlungskompetenzen nach Artikel 4, betreffen.

11. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 23 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. März 2011 in Kraft.

² Die Bestimmungen über Qualifikationsverfahren, Ausweise und Titel (Art.15–21) treten am 1. Januar 2015 in Kraft.

1. Februar 2011

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
Die Direktorin: Ursula Renold